

# Vergesst die Armen nicht

VON WOLFGANG KUREK

Die Sondierungen zur Regierungsbildung laufen auf Hochtouren. Nach Kontakten zwischen FDP und den Grünen gab es inzwischen Einzelgespräche beider kleiner Parteien mit SPD und CDU/CSU. Noch sind keine Ergebnisse bekannt geworden, aber es ist kein Geheimnis, dass der Kampf gegen den Klimawandel, die Digitalisierung, der demographische Wandel und nicht zuletzt Bildungsfragen zu den großen Herausforderungen der neuen Regierung gehören werden.

Schon mehren sich die Stimmen, die nicht nur die rasche Bildung einer neuen Regierung fordern, sondern von ihr auch zügiges Handeln angesichts der immensen Aufgaben verlangen. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), vertritt beispielsweise die These, wonach neben den inhaltlichen Prioritäten vor allem Mut zur Geschwindigkeit bei der Umsetzung der notwendigen Veränderungen erforderlich seien. Und in der Tat: Die entsprechenden Argumente scheinen schlüssig zu sein: Durch die günstigen Zinsen findet der Staat exzellente Voraussetzungen für die mit der digitalen und ökologischen Transformation verbundenen Investitionen vor. Darüber hinaus wird der demographische Wandel die Schieflage in den sozialen Sicherungssystemen dermaßen kulminieren, dass bei heute ausbleibenden Reformen schmerzhaft Einschnitte in der Zukunft unausweichlich sind.

Und nicht zuletzt wird stets auf das begrenzte Zeitfenster für die Wirksamkeit der gerade beim Klimaschutz zu ergreifenden Maßnahmen verwiesen.

So sehr der unmittelbare Handlungsbedarf außer Frage steht, so sehr können staatliche Investitionen in der Sozialen Marktwirtschaft nur den Rahmen für Initiativen bilden, die aus der Wirtschaft selbst kommen. Der Staat sollte Anreize für Wandlungsprozesse bieten, deren primäre Akteure die Unternehmen sind. Schon Joseph Schumpeter (1883-1950), der österreichische Nationalökonom und Politiker, sprach von einer „schöpferischen Zerstörung“, wenn er damit eine Neukombination marktfähiger Produktionsfaktoren und folglich eine Verdrängung alter Strukturen meinte. Dies ist jedoch nur die eine Seite der Medaille, wenn man das „Soziale“ in der Marktwirtschaft ernst meint.

Dann nämlich hängt die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft auch von sozial verträglichen Transformationen ab. Die globale Wettbewerbsfähigkeit einer ökologisch erneuerten deutschen Wirtschaft oder eine technisch ausgereifte Digitalisierung dürfen nicht das alleinige Kriterium des Wandels sein.

Es kommt auch darauf an, den Menschen dabei mitzunehmen. Vor allem Randständige, Arme, Kranke, dürfen dabei nie aus dem Blick geraten. In diesem Sinn äußert sich auch Papst Franziskus in seiner Enzyklika *Laudato si'* (Nr. 111), in der er davor warnt, der ökologischen Frage mit einem technokratischen Paradigma zu begegnen, in dem es ausschließlich um den rationalen Nutzen, nicht aber um den Menschen als Ganzes geht.

Somit besteht die eigentliche Aufgabe der künftigen Regierung darin, notwendige Reformen sozial einzubetten, die Schwachen der Gesellschaft nicht zurückzulassen und so für mehr Gerechtigkeit und Solidarität Sorge zu tragen.



**Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ). Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ.**

*Foto: KSZ*